

Konsequenzen: Der Schadstoffausstoß durch Verbrennungsmotoren wird reduziert, die Unfallgefahr nimmt ab und die Unfallfolgen werden signifikant verringert. Besonders die Nutzung des Fahrrades wird durch eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit sicherer, aber auch für zu Fuß Gehende wird die Teilnahme am Verkehr damit sicherer.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Riedl, Geißler, Oswald und Bürgermeister Neidel.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: LINKE; Nein: SPD, CDU, GR, AfD, FW, FDP; StE: PIR/BLG).

**25. Gießen steht zur Seenotrettung STV/1925/2019
- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 21.10.2019 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Gießen tritt dem kommunalen Bündnis ‚Sichere Häfen‘ bei und erklärt sich solidarisch mit den Menschen die vor Krieg, Hunger und Perspektivlosigkeit flüchten.
2. Die Stadt Gießen verurteilt Versuche die zivile Seenotrettung zu kriminalisieren und stellt fest: Ein Behindern der Rettungskräfte im Mittelmeer stellt nicht nur einen Bruch des Internationalen Seerechts dar, sondern ist auch nach deutschem Recht nach §323c (2) Unterlassene Hilfeleistung durch Behindern von Personen, die Dritten Hilfe leisten.
3. Die Stadt Gießen erklärt sich bereit in Seenot geratene Menschen auf der Flucht aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren.
4. Die Stadt Gießen fordert die Regierung Hessens dazu auf ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm nach §23 (1) AufenthG einzuführen, um sichere Fluchtrouten abseits der hochgefährlichen Mittelmeerroute zu ermöglichen.
5. Die Stadt Gießen fordert eine europäische Lösung bei der Verteilung der zu uns nach Europa Geflüchteten.“

Begründung:

Seit Beginn der Krisen in Syrien und Afrika sind mehr als 30.000 im Mittelmeer, bei ihrem Versuch über das Meer sich in Sicherheit zu bringen, verdurstet und ertrunken. Das Sterben im Mittelmeer findet tag-täglich statt. Es ist eine der großen humanitären Katastrophen des jungen 21. Jahrhunderts. Rechtsnationale und rechtsradikale Politiker*innen und Parteien versuchen seit geraumer gegen Geflüchtete und insbesondere ehrenamtliche Retter*innen Stimmung zu machen und beide zu kriminalisieren. Die Stadt Gießen – als international geprägte europäische Stadt – muss sich hier klar gegen den Versuch der Aushöhlung der europäischen humanistischen Grundwerte und nicht zuletzt gegen eine Aushöhlung des ersten Artikels unseres

Grundgesetztes stellen. Sie tritt deshalb dem Bündnis „Sichere Häfen“ bei, dem sich bis dato bereits 60 deutsche Städte und Gemeinden angeschlossen haben.

Stv. Grothe stellt für die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen folgenden ersetzenden Änderungsantrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung ist besorgt über die Situation von Schutzsuchenden auf dem Mittelmeer. Dass Menschen auf dem Weg nach Sicherheit und Schutz dort sterben ist unerträglich. Die Stadt Gießen, Hilfsorganisationen, Ehrenamtliche und die Bürgerschaft in unserer Stadt leisten seit Jahren enormes um einen Beitrag beizusteuern, Schutzsuchende aufzunehmen und diese humanitäre Herausforderung anzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat daher dabei, auch künftig Maßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, z. B. über den Beitritt zum kommunalen Bündnis „Sichere Häfen“, damit unsere Stadt auch weiterhin ihren Teil dazu beiträgt, der humanitären Herausforderung verantwortungsvoll zu begegnen und damit mehr leistet, als die allermeisten vergleichbaren Städte.*
- 2. Es dürfen nicht Schleuser und Schlepper über das Schicksal und die Aufnahme von Schutzsuchenden entscheiden, sondern demokratisch gewählte Regierungen und rechtsstaatliche Verfahren. Deshalb werden die Bemühungen der Bundesregierung unterstützt, sich auf EU-Ebene um die Einrichtung eines europäischen Seenotrettungsprogramms zu bemühen.*
- 3. Die Stadt Gießen unterstützt die Landesregierung dabei, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders vulnerable Personengruppen einzuführen und in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob und wie von der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR) als besonders schutzbedürftig anerkannte Personen aus Lagern in Libyen direkt aufgenommen werden können.*
- 4. Die Stadtverordnetenversammlung betont, dass es im Geiste europäischer Solidarität und Zusammenarbeit einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik mit wirksamen EU-Außengrenzschutz und der europaweiten, gerechten Verteilung von Flüchtlingen bedarf. Sie stellt weiter fest, dass ein wichtiger Baustein der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik die Bekämpfung der Fluchtursachen ist, um die wirtschaftliche und humanitäre Situation der Menschen in ihren Herkunftsländern zu verbessern und so vor Ort Sicherheit und eine Perspektive zu schaffen.“*

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Riedl, Döring, Dr. Greilich, Uelmann, Grußdorf und Prof. Dr. Reichmann.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, beantragt die getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 bis 4.

Beratungsergebnis:

- Punkt 1 des ersetzenden Änderungsantrages wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR; Nein: 1 AfD, 4 LINKE, FW, FDP; StE: 6 AfD, 1 LINKE).

- Punkten 2 bis 4 des ersetzenden Änderungsantrages wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP; Nein: LINKE; StE: AfD).

26. Verbot der Feuerwerke in Gießen – mit Ausnahme an Silvester an einigen wenigen ausgewiesenen Stellen **STV/1927/2019**
- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 21.10.2019 -

Antrag:

„Das Stadtparlament möge beschließen, dass Feuerwerke in Gießen nur noch an Silvester an einigen, wenigen, ausgewiesenen Stellen gezündet werden dürfen.“

Begründung:

Inzwischen verbieten viele **deutsche und auch europäische Städte (London, Paris...)** zu **Silvester Feuerwerke**. Durch die Knallerei an Silvester **wird viel Feinstaub freigesetzt** – zu viel für die sowieso schon durch die Abgase des Straßenverkehrs gebeutelten Städte.

Schon oft gab es Schwerverletzte bei Feuerwerken, vor allem auch Kinder und Jugendliche. Besonders in Verbindung mit Alkohol ist das Hantieren mit Feuerwerken sehr gefährlich.

Nach den Feuerwerken landet Müll auf den Straßen und auch in Hinterhöfen, die Gifte landen auch im Wasser und auf der Erde, die dann durch Regen/Schnee ins Grundwasser gelangen. Dies betrifft vor allem die Feuerwerke an der Lahn und vor allem in dem Biotop und Naherholungsgebiet Schwanenteich.

Feuerwerke stellen immer eine Brandgefahr da, besonders in den trockenen und heißen Sommermonaten.

Vor allem an Silvester haben wir jedes Jahr sogar eine hohe Belastung der Steuerzahler durch Schäden in zweistelliger Millionenhöhe. Diese werden hervorgerufen durch Brände, Sachbeschädigungen, Verletzungen und Vorsätzlichkeiten wie das Zünden von Feuerwerkskörpern in Containern und Briefkästen.

Das Zünden von Feuerwerken stellt jedes Mal einen Eingriff in Ökosysteme dar (Schwanenteich, Lahnufer). Immer wieder entlaufen und sterben Haustiere, für Wildtiere sind Feuerwerke oft ein Speißrutenlauf. Auch die ohnehin schon stark schwindenden Vogelbestände werden durch Feuerwerke gefährdet. **Grundsätzlich ist laut Bundessprengstoffgesetz das „Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altersheimen sowie besonders brandempfindlichen Gebäuden oder Anlagen“ verboten.**

Viele Kommunen bestreiten, gegen private Feuerwerke zu Silvester Verbote verhängen zu dürfen, aus diesem Grund hat die Umwelthilfe ein Rechtsgutachten vorgelegt: Dies beweise, dass die Städte vor Ort durchaus Handlungsmöglichkeiten gegen die traditionelle Böllerei haben.